

## Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 9. Februar 2014

### „NEIN“ zum 6,4-Milliarden-Loch „FABI“

(Finanzierung und Ausbau der Bahn-Infrastruktur)

Seit der Waldsterbelüge vor rund 30 Jahren wird versucht, mittels Milliarden für den öffentlichen Verkehr das Volk zum „Umsteigen“ zu bewegen. Mit mässigem Erfolg.

#### Kostendeckungsgrad des öV nur 40 Prozent

Rund 75 Prozent der Verkehrsleistungen (Personen und Güter) erfolgen auf der Strasse. Der Strassenverkehr deckt seine Kosten zu weit über 100 Prozent, während die Nutzer des öffentlichen Verkehrs lediglich 40 Prozent der von ihnen verursachten Kosten decken.

Logisch ist also: Je mehr finanzielle Mittel im öV verschleudert werden, umso grösser wird der absolute Fehlbetrag. Gedeckt wird dieser aus Steuergeldern und vor allem durch Abgaben des motorisierten Strassenverkehrs, welcher seit Jahrzehnten sträflich vernachlässigt wird.

#### Noch mehr leere Züge

Bundesrätin Leuthard „glänzt“ mit Super-Ideen, wie die Leistungsfähigkeit der Bahn erhöht werden soll: Zwischen den Zentren der Halbstunden-, in den Agglomerationen der Viertelstunden-Takt. Dies natürlich nicht nur zu Spitzenzeiten, sondern ganztägig. Es werden also noch mehr fast leere Züge verkehren, der Kostendeckungsgrad nimmt weiter ab.

#### Die Bahnkosten werden explodieren

In den Bahnhöfen sollen Perrons verlängert werden. Doch da liegen an den Enden meistens viele Weichen, so genannte „Weichen-Nester“. Diese müssten grösstenteils verlegt werden unter Folgekosten für eine einzige Weiche von bis zu einer Million Franken.

Mit FABI werden die Bahn-Kosten weiter explodieren, wie die negativen Beispiele „Bahn 2000“ und „NEAT“ eindrücklich beweisen.

#### Die Lüge von der „befristeten“ Steuer

Ein Mehrwertsteuer-Promille soll statt wie bisher in die IV neu in den Bahnfonds gelenkt werden. Angeblich „befristet“. Das ist gelogen. Denn noch niemals wurde eine Steuer „befristet“ eingeführt oder umgelenkt.

Darum empfehle ich Ihnen, zu **FABI** ein **NEIN** in die Urne zu legen.

### „JA“ zur Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“

„Wir haben jetzt die 8-Millionen Schweiz - und wir werden weiter wachsen“ (Zitat Doris Leuthard in „via“ 10/2013 zum Ausbau der Bahn-Infrastruktur).

#### Infrastrukturen stossen an Grenzen

Das Bevölkerungswachstum ist vor allem auf die grenzenlose Einwanderung zurück zu führen. Bahnen und Strassen sind, vor allem zu Spitzenzeiten, hoffnungslos überlastet. Ausbaupläne müssen zwangsläufig an ihre Grenzen stossen. Wollen wir den totalen Verkehrs-Kollaps vermeiden, müssen wir die Bevölkerungszahl, das heisst, die Einwanderung begrenzen.

#### Sozialwerke werden ausgenutzt

Gemessen an der Bevölkerung bezieht ein überproportionaler Anteil an Ausländern Sozialhilfe. Auch die Invaliden-Versicherung ist in Schieflage. Bei der Arbeitslosenversicherung sieht die Sache nicht besser aus. Fazit: Besonders Ausländer mit einem niedrigen Bildungsstand fallen uns Steuerzahlern zur Last.

#### Der Irrtum mit der AHV

Um die AHV zu finanzieren, bräuchten wir die Einwanderung, sagt der Bundesrat.

Denkfehler: Die Ausländer, welche heute AHV-Beiträge bezahlen, beziehen morgen diese Rente. Dann brauchen wir noch mehr Einwanderer, welche wieder Rente beziehen und so weiter und so fort.

### **Darum: Stopp der unbegrenzten Einwanderung.**

Herzlich, Ihr

Jürg Scherrer, Parteipräsident

## **Nein-Parole zur Initiative: „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“**

Nach intensiver Diskussion beschliesst das Präsidium der auto-partei.ch die einstimmige Nein-Parole.

Die Initianten der Initiative „*Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache*“ stammen alle aus stark religiös-konservativen Kreisen und ihr eigentliches Hauptziel ist, die Fristenlösung abzuschaffen, die die Schweizer Stimmberechtigten 2002 mit 72,2% Ja-Stimmenanteil angenommen haben. Die Zeit für ein modernes und freiheitliches Gesetz zur Verhinderung von ungewollten und problembehafteten Schwangerschaften bei missglückter Verhütung und Geburtenregelung war überfällig. Rund 1,4 Millionen Schweizerinnen und Schweizer haben richtig gestimmt, wie der Rückgang der Abtreibungen insgesamt bis heute zeigt. Es gab 2002 nur 0,54 Mio. Nein-Stimmen zur Fristenlösung und nur das katholische Wallis und Appenzell Innerrhoden haben als Stände knapp nein gestimmt. Die gleichzeitig zum Gesetz zur Fristenlösung gelangte Initiative „*Eidgenössische Hilfe für Mutter und Kind*“ wurde 2002 sogar mit 82% Nein-Stimmen wuchtig verworfen.

Die Fristenregelung der Schweiz hat sich sehr bewährt. Die Schweiz hat heute am wenigsten Abtreibungen in ganz Europa! Das Kostenargument der Initianten, gegen die in Not gekommenen jungen Schwangeren, Frauen und oft auch Mütter, die schon Kinder haben, ist doppelt falsch. Es ist unehrlich, da die Initianten eigentlich den straflosen Schwangerschaftsabbruch verhindern wollen. Es ist auch falsch, da in jedem Fall eine ungewollte problembeladene Schwangerschaft für die Prämienzahler viel teurer kommt als eine Abtreibung.

### **Deshalb empfehlen wir klar, diese Initiative mit Nein abzulehnen.**

Frank Karli, Murgenthal, Mitglied Präsidium auto-partei.ch

### **+++ Parole auto-partei.ch Kanton Bern +++**

#### **Am 9. Februar 2014: NEIN zum «Hooligan-Konkordat»**

##### **... irreführend und undurchdacht:**

Das Konkordat verspricht das Heilmittel gegen Hooligans zu sein. Tatsächlich stellt es jeden Menschen, der ein Stadion betritt unter Generalverdacht, ein Hooligan zu sein. Betroffen davon sind hauptsächlich Jugendliche, Familien und unbescholtene MatchbesucherInnen.

Die Bewilligung von Spielen an die Bedingung zu knüpfen, dass die Gäste-Fans mit dem Extrazug anreisen und ein sogenanntes Kombiticket lösen müssen, macht keinen Sinn. Ein in Zürich wohnhafter YB-Fan müsste also für ein Auswärtsspiel in St. Gallen zuerst nach Bern fahren, um anschliessend mittels Extrazug nach St. Gallen zu reisen. Die Rückreise würde wiederum via Bern erfolgen. Zudem ist es doch sehr fragwürdig, dass der Staat seinen Bürgern vorschreibt, wie diese von A nach B zu reisen haben. Die heutige Praxis mit den Extrazügen funktioniert ausserdem sehr gut.

### **+++ Parole auto-partei.ch Kanton Luzern +++**

#### **Am 9. Februar 2014: JA zur Abschaffung der Liegenschaftssteuer**

##### **... weil alle Wohneigentümer profitieren:**

Weniger Steuern entlasten heutige und künftige Eigentümer und letztlich auch Mieter. Seit 15 Jahren wird die Abschaffung von Regierung und Parlament in Aussicht gestellt.

Redaktion: auto-partei.ch  
Postfach  
4622 Egerkingen  
Tel.: 062 398 38 38 - Fax: 062 398 48 48 - E-Mail: auto-partei@bluewin.ch  
Das INFO ist ein Informations-Bulletin für alle Mitglieder der Partei.